

Niedersächsisches Kommunalrecht

4. Auflage

Niedersächsisches Kommunalrecht

Lehrbuch

von
Professor Dr. iur. Jörn Ipsen
Direktor des Instituts für Kommunalrecht
der Universität Osnabrück
Präsident des Niedersächsischen
Staatsgerichtshofs

4., neu bearbeitete Auflage, 2011



RICHARD BOORBERG VERLAG
STUTTGART • MÜNCHEN
HANNOVER • BERLIN • WEIMAR • DRESDEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-415-04655-9

E-ISBN 978-3-415-05020-4

© Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, 2011

Scharrstraße 2

70563 Stuttgart

www.boorberg.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Thomas Schäfer, www.schaefer-buchsatz.de

Druck und Verarbeitung: Laupp & Göbel GmbH, Talstr. 14, 72147 Nehren

Meinen Mitarbeitern

Vorwort

Das Gesetz zur Zusammenfassung und Modernisierung des niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts vom 17. Dezember 2010¹ machte eine Neuauflage des 1989 in erster, 1999 in zweiter und 2006 in dritter Auflage erschienenen Lehrbuchs „Niedersächsisches Kommunalrecht“ erforderlich. Mit dem Gesetz werden die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO), die Niedersächsische Landkreisordnung (NLO), das Gesetz über die Region Hannover (RegHanG), das Gesetz über die Neugliederung des Landkreises und der Stadt Göttingen (GöttG) sowie die Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Rechtsvorschriften kommunaler Körperschaften aufgehoben und mit Inkrafttreten am 1. November 2011 durch ein einheitliches Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) ersetzt. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen enthielten in weiten Teilen parallele Bestimmungen für Gemeinden, Landkreise und die übrigen Kommunen. Durch die Zusammenfassung dieser Gesetze im neuen NKomVG sind diese Mehrfachregelungen und Verweisungen entfallen.

Die Gliederung des Lehrbuchs ist unverändert geblieben, weil schon in den bisherigen Auflagen die Gemeinde- und Kreisverfassung gemeinsam dargestellt worden sind. Mit dem NKomVG werden die Kommunen auch in der *gesetzlichen* Systematik einander angenähert, ohne dass hierbei übersehen werden darf, dass die Größenverhältnisse in der Wirklichkeit unterschiedlich sind. Dies zeigt sich insbesondere, wo Gemeinden und Kreise im Wettbewerb miteinander stehen oder Konflikte zwischen ihnen zu bewältigen sind.

Die Fülle des Stoffes zwang zur Beschränkung auf das Exemplarische. Rechtsprechung und Schrifttum werden jeweils nur in einer Auswahl zitiert. Der zu Beginn eines jeden Abschnitts skizzierte, regelmäßig der Rechtsprechung entnommene „Leitfall“ und dessen Lösungshinweise sind dem Ziel verpflichtet, dass der Leser die praktische Dimension dieses überaus bedeutenden Rechtsgebietes nie aus den Augen verlieren möge.

Das Kommunalrecht gehört zu den wenigen Rechtsmaterien, die der Gesetzgebung der Bundesländer verblieben sind. Schon dieser Umstand rechtfertigt und erfordert geradezu eine landesspezifische Darstellung des Stoffes. Sie wird bewusst in den Zusammenhang einer „Renaissance des Landesrechts“ gestellt, in der sich die Rechtswissenschaft wieder zunehmend der föderalen Vielfalt des öffentlichen Rechts widmet.

Das Lehrbuch und seine nunmehr vorgelegte vierte Auflage sind im Institut für Kommunalrecht der Universität Osnabrück entstanden. Ich widme es meinen Mitarbeitern, die mich stets hilfreich unterstützt haben. Besonderer Dank

1 Nds. GVBl. S. 576.

gilt Frau Assessorin *Elke Hülsmann*, die durch ihren Einsatz entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Neubearbeitung des Lehrbuchs schon vor Inkrafttreten des Kommunalverfassungsgesetzes vorgelegt werden konnte.

Osnabrück, im Februar 2011

Jörn Ipsen

Inhalt

Vorwort	7
Verzeichnis der Übersichten	21
Literatur (Auswahl)	23
Abkürzungen	25
Einleitung	
Zur Entwicklung des niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts	35
I. Die revidierte DGO vom 1. April 1946	35
II. Die Niedersächsische Gemeindeordnung vom 4. März 1955 (NGO 1955)	38
III. Die Niedersächsische Landkreisordnung vom 31. März 1958	40
IV. Die Niedersächsische Gemeindeordnung vom 18. April 1963 (NGO 1963)	41
V. Die Novelle von 1982	43
VI. Die Reform der Kommunalverfassung 1996	44
VII. Die Regelungen des Kommunalverfassungsgesetzes	46
VIII. Literatur	47
ERSTER ABSCHNITT	
Die kommunale Selbstverwaltung im demokratischen Rechtsstaat	48
§ 1 Die Verfassungsgarantien der kommunalen Selbstverwaltung	48
I. Die doppelte Verfassungsgarantie (Art. 28 GG, Art. 57 NV)	48
II. Zum Umfang der Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG	51
1. Institutionelle, nicht individuelle Garantie	51
2. Die „Kernbereichstheorie“ des Bundesverfassungsge- richts	52
3. Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft und Vor- behalt des Gesetzes	53
4. Die Selbstverwaltungsgarantie für Gemeindeverbände (Art. 28 Abs. 2 Satz 2 GG)	55
5. Garantie finanzieller Eigenverantwortung (Art. 28 Abs. 2 Satz 3 GG)	56
III. Die Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Niedersächsische Verfassung (Art. 57 NV)	56
1. Die modale Garantie nach Art. 57 Abs. 1 NV	56
2. Monismus oder Dualismus?	57
3. Ausstattungsgarantie (Art. 58 NV) und Deckungsgarantie (Art. 57 Abs. 4 NV)	58
IV. Selbstverwaltung und Demokratie	59
V. Gefährdungen der kommunalen Selbstverwaltung?	61
VI. Kommunale Gebietskörperschaften in Europa	63

	VII. Verfassungsprozessualer Schutz der Selbstverwaltungs-	63
	garantie	
	VIII. Rechtsprechung	65
	IX. Literatur	65
§ 2	Kommunen als Gebietskörperschaften	68
	I. Juristische Person – Körperschaft – Gebietskörperschaft	68
	II. Gebietsbestand	69
	1. Die Abgrenzung des Gemeinde- und Kreisgebiets	70
	2. Gebietsänderungen	71
	3. Die Gebietsreform	73
	III. Die Gemeindearten	77
	1. Kreisfreie Stadt – kreisangehörige Gemeinde	77
	2. Große selbständige Städte	78
	3. Selbständige Gemeinden	78
	4. Die einfache (nicht privilegierte) kreisangehörige	
	Gemeinde	80
	IV. Einwohner und Bürger	80
	V. Gemeindename, Bezeichnungen, Hoheitszeichen	81
	1. Name und Namensänderung (§ 19 NKomVG)	81
	2. Bezeichnungen (§ 20 NKomVG)	82
	3. Der Schutz des Namens	83
	4. Wappen, Flagge, Dienstsiegel	84
	VI. Rechtsprechung	84
	VII. Literatur	84
§ 3	Die Selbstverwaltungsangelegenheiten von Kommunen	
	(eigener Wirkungskreis)	86
	I. Die Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden	
	(§ 5 NKomVG)	87
	1. Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben	88
	a) Basisversorgung	88
	b) Soziales und Gesundheit	89
	c) Bildung und Kultur	89
	d) Sport, Freizeit, Erholung	89
	e) Bauwesen	89
	f) Wirtschaft	90
	g) Gefahrenabwehr	90
	h) Öffentlichkeitsarbeit	90
	2. Pflichtaufgaben	90
	a) Basisentsorgung	91
	b) Soziales und Gesundheit	91
	c) Bildung und Kultur	92
	d) Bauwesen	92
	e) Gefahrenabwehr	92
	II. Die Selbstverwaltungsangelegenheiten der Kreise	93
	1. Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben	93
	a) Basisversorgung	94
	b) Soziales und Gesundheit	94

	c)	Bildung und Kultur	94
	d)	Sport, Freizeit, Erholung	94
	e)	Bauwesen	94
	f)	Wirtschaft	94
	g)	Öffentlichkeitsarbeit	94
	2.	Pflichtaufgaben des Kreises	94
	a)	Basisversorgung und Basisentsorgung	94
	b)	Soziales und Gesundheit	95
	c)	Bildung und Kultur	95
	d)	Bauwesen, Planung	95
	e)	Gefahrenabwehr	96
III.		Die Abgrenzung der Selbstverwaltungsaufgaben von Gemein- den und Kreisen	96
	1.	Abgrenzungskriterien	96
	2.	Übernahme und Übertragung von Selbstverwaltungsauf- gaben durch Gemeinden und Landkreise	98
IV.		Die Ausführung der Selbstverwaltungsaufgaben durch Kommunen	99
	1.	Beschlussfassung über neue Aufgaben und Einrichtungen (§ 58 Abs. 1 Nr. 11 und 19 NKomVG)	99
	2.	Satzungsgewalt (§ 10 NKomVG)	99
	3.	Kostendeckung	100
	4.	Widerspruchsverfahren bei Selbstverwaltungsangelegen- heiten (§ 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 VwGO)	100
	5.	Staatliche Ingerenzen im Selbstverwaltungsbereich	101
	6.	Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Kommunalaufsicht	101
V.		Rechtsprechung	104
VI.		Literatur	104
§ 4		Die Auftragsangelegenheiten der Kommunen (übertragener Wirkungskreis)	105
I.		Staatliche und kommunale Verwaltung	105
	1.	Die Integration der Gebietskörperschaften in den Verwal- tungs Aufbau	105
	2.	Die Kommunalisierung der unteren Verwaltungsstufe	106
	3.	Die Übertragung staatlicher Aufgaben auf Kommunen	107
	4.	Zwei- statt Dreistufigkeit des Verwaltungsaufbaus	107
II.		Die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	108
	1.	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	108
	2.	Bauwesen	109
	3.	Gewerbe, Wirtschaft	109
	4.	Verkehrswesen	110
	5.	Soziales, Gesundheits- und Veterinärwesen	110
	6.	Naturschutz, Umweltschutz, Wasserwirtschaft	110
	7.	Zivilschutz, Katastrophenschutz	111
	8.	Rechtsaufsicht	111

III.	Die Ausführung der Auftragsangelegenheiten durch Gemeinden und Kreise	112
1.	Organzuständigkeit	112
2.	Regelungsinstrument	113
3.	Kostendeckung	113
4.	Widerspruchsverfahren bei Auftragsangelegenheiten (§ 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 VwGO)	114
5.	Staatliche Ingerenzen im übertragenen Wirkungskreis	114
6.	Rechtsschutz	114
IV.	Abgrenzung von eigenem und übertragenem Wirkungskreis – Formenmissbrauch?	115
V.	Rechtsprechung	117
VI.	Literatur	117
ZWEITER ABSCHNITT		
	Kommunalverfassungsrecht	119
§ 5	Die Vertretung (Rat, Samtgemeinderat, Kreistag, Regionsversammlung)	122
I.	Rechtsstellung und Zusammensetzung der Vertretung	122
1.	Die Vertretung als kommunales Hauptorgan (§ 45 Abs. 1 Satz 1 NKomVG)	122
2.	Zusammensetzung der Vertretung	122
3.	Rechtspolitischer Fortschritt	123
II.	Das Kommunalwahlrecht	124
1.	Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen (Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG, Art. 57 Abs. 2 Satz 1 NV)	124
2.	Aktives und passives Wahlrecht (§§ 48, 49 NKomVG)	125
3.	Wahlsystem	126
III.	Das kommunale Mandat	128
1.	Inkompatibilitätsregelungen	128
2.	Grundsatz des freien Mandats (§ 54 Abs. 1 NKomVG)	132
3.	Mitgliedschaftsrechte der Mandatsträger	134
4.	Mitwirkungsverbot und Vertretungsverbot	137
a)	Mitwirkungsverbot (§ 41 NKomVG)	137
b)	Vertretungsverbot (§ 42 NKomVG)	141
5.	Die materielle Absicherung des Mandats (§ 55 NKomVG)	142
6.	Haftung	144
IV.	Organisation und Arbeitsweise	146
1.	Der Vorsitzende der Vertretung	146
2.	Fraktionen und Gruppen	148
3.	Ausschüsse	151
4.	Geschäftsordnung und Verfahren	154
V.	Zuständigkeiten	156
1.	Organinterne Entscheidungen	156
2.	Kreations- und Abberufungskompetenzen	156
3.	Dienstrechtliche Befugnisse	156
4.	Rechtsetzungskompetenzen	157

5.	Grundsatzentscheidungen, Erlass von Richtlinien	157
6.	Beschlüsse in Haushalts- und Wirtschaftsangelegenheiten	158
7.	Vorbehaltsangelegenheiten	159
VI.	Die Vertretung als Volksvertretung	162
VII.	Auflösung der Vertretung	164
VIII.	Rechtsprechung und Literatur	166
§ 6	Der Hauptverwaltungsbeamte (Bürgermeister, Oberbürgermeister, Samtgemeindebürgermeister, Landrat, Regionspräsident)	171
I.	Rechtsstellung des Hauptverwaltungsbeamten	172
1.	Wahl- und Abwahlverfahren	172
2.	Persönliche Rechtsstellung	175
II.	Zuständigkeiten	177
1.	Repräsentative Vertretung (§ 86 Abs. 1 Satz 1 NKomVG)	177
2.	Vertretung in Rechts- und Verwaltungsgeschäften (§ 86 Abs. 1 Satz 2 NKomVG); Verpflichtungserklärungen (§ 86 Abs. 2 NKomVG)	178
3.	Leitung der Verwaltung (§ 85 Abs. 3 Satz 1 NKomVG)	180
a)	Organisationsgewalt	180
b)	Personalentscheidungen (§§ 107 Abs. 4 Satz 1 und 2, 109 Abs. 1 Satz 1 NKomVG)	180
c)	Direktionsrecht (§ 107 Abs. 5 Satz 3 NKomVG)	181
d)	Geschäfte der laufenden Verwaltung (§ 85 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 NKomVG)	181
4.	Ausschließliche Zuständigkeiten (§ 85 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 – 6 NKomVG)	182
a)	Gewerberechtliche und immissionsschutzrechtliche Genehmigungen und sonstige Maßnahmen (§ 85 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 NKomVG)	182
b)	Maßnahmen im Bundesauftrag (§ 85 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 NKomVG)	183
c)	Ausführung der Weisungen der Kommunal- und Fachaufsichtsbehörden (§ 85 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 NKomVG)	184
d)	Aufgaben des Landkreises und der Region Hannover als Kommunal- und Fachaufsichtsbehörde (§ 85 Abs. 2 Satz 1 NKomVG)	184
5.	Interorganschaftliche Zuständigkeiten	185
a)	Vorbereitung der Beschlüsse des Hauptausschusses (§ 85 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 NKomVG)	185
b)	Ausführung der Beschlüsse der Vertretung und des Hauptausschusses (§ 85 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 NKomVG)	185
c)	Körperschaftsinterne Rechtsaufsicht (§ 88 NKomVG)	186
d)	Eilkompetenz (§ 89 Satz 2 NKomVG)	187
III.	„Eingleisigkeit“ statt „Zweigleisigkeit“ der niedersächsischen Kommunalverfassung	187
IV.	Rechtsprechung	190
V.	Literatur	190

§ 7	Der Hauptausschuss	192
I.	Historische Entwicklung	192
II.	Zusammensetzung (§ 74 NKomVG)	193
III.	Zuständigkeiten	195
1.	Vorbereitungskompetenz (§ 76 Abs. 1 NKomVG)	195
2.	Auffangkompetenz (§ 76 Abs. 2 Satz 1 NKomVG)	196
3.	Austauschbereich (§ 76 Abs. 2 Satz 2 und 3, Abs. 5 NKomVG)	196
4.	Aufgabenübertragung (§ 76 Abs. 3 NKomVG)	197
5.	Einspruchsrecht (§ 79 NKomVG)	197
IV.	Würdigung	199
V.	Rechtsprechung	199
VI.	Literatur	199
§ 8	Die Gliederungen der Gemeinde (Stadtbezirk, Ortschaft)	200
I.	Entstehung von Stadtbezirken und Ortschaften	200
1.	Einrichtung von Stadtbezirken (§ 90 Abs. 2 NKomVG)	200
2.	Einführung der Ortschaftsverfassung (§ 90 Abs. 1 NKomVG)	201
II.	Wahl und Zusammensetzung des Stadtbezirks- und des Ortsrates (§ 90 NKomVG)	201
1.	Allgemeines	201
2.	Sondervorschriften für Ortschaften, Ortsvorsteher (§§ 95, 96 NKomVG)	202
III.	Zuständigkeiten des Stadtbezirksrates und des Ortsrates (§ 93 NKomVG)	203
IV.	Rechtsnatur der Stadtbezirke und Ortschaften	204
V.	Rechtsprechung	205
VI.	Literatur	205
§ 9	Einwohner und Bürger	207
I.	Einwohner einer Kommune (§ 28 NKomVG)	207
1.	Begriff des Einwohners (§ 28 Abs. 1 NKomVG)	207
2.	Rechtsstellung (§ 30 NKomVG)	207
3.	Einwohnerantrag (§ 31 NKomVG)	208
II.	Rechtsstellung des Bürgers einer Kommune	209
1.	Begriffe	209
2.	Verpflichtung zu ehrenamtlicher Tätigkeit (§ 38 Abs. 2 NKomVG)	209
3.	Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§§ 32, 33 NKomVG)	212
4.	Petitionen, Bürgerbefragung	215
III.	Rechtsprechung	215
IV.	Literatur	216
§ 10	Das Kommunalverfassungsstreitverfahren	217
I.	Inter- und intraorganschaftliche Streitigkeiten	217
II.	Zulässigkeitsvoraussetzungen	218
1.	Rechtsweg (§ 40 Abs. 1 VwGO)	218
2.	Klageart	219
3.	Beteiligtenfähigkeit (§ 61 VwGO)	219

4. Klagebefugnis (§ 42 Abs. 2 VwGO)?	221
III. Vorläufiger Rechtsschutz (§ 123 VwGO)	222
IV. Rechtsprechung	222
V. Literatur	222
DRITTER ABSCHNITT	
Die Kommunalverwaltung	224
§ 11 Die Verwaltung der Kommune	225
I. Der Hauptverwaltungsbeamte als Organ und Behördenleiter	225
II. Die Gemeinde- und Kreisbediensteten	226
1. Gemeinden und Landkreise als Dienstherren und Arbeitgeber	226
2. Beamte auf Zeit (§§ 108, 109 NKomVG)	226
3. Beamte und Arbeitnehmer im Dienst der Kommune	229
III. Der Aufbau der Gemeinde- und Kreisverwaltung	230
1. Die kommunalen „Ämter“	230
2. Die Dezernateinteilung	230
3. Kommunale Verwaltungsreform und „Neues Steuerungsmodell“	231
IV. Mitbestimmung in der Kommunalverwaltung	233
1. Anwendbarkeit des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes	233
2. Mitbestimmungspflichtige Maßnahmen (§§ 64 bis 67 NPersVG)	233
3. Das Einigungsverfahren (§§ 70 ff. NPersVG)	234
V. Rechtsprechung	235
VI. Literatur	235
§ 12 Beauftragte in der Kommunalverwaltung	237
I. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte	237
1. Zielsetzung und Aufgabenstellung	238
2. Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte	239
3. Bestellung und Abberufung	239
4. Bewertung der Stellung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten	241
II. Datenschutzbeauftragter	241
III. Schwerbehindertenbeauftragter und Schwerbehindertenvertretung	242
IV. Beauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege	243
V. Rechtsprechung	243
VI. Literatur	243
VIERTER ABSCHNITT	
Die kommunalen Gebietskörperschaften als Leistungsträger und Auftraggeber	244
§ 13 Daseinsvorsorge durch öffentliche Einrichtungen der Kommunen	245
I. Daseinsvorsorge als Selbstverwaltungsaufgabe	245
II. Die öffentlichen Einrichtungen	246

III.	Unternehmen und erwerbswirtschaftliche Betätigung	247
IV.	Kommunen als „öffentliche Auftraggeber“	249
V.	Rechtsprechung	252
VI.	Literatur	253
§ 14	Rechtsformen kommunaler Einrichtungen	254
I.	Unternehmen und Einrichtungen in Unternehmensform	254
1.	Die „wirtschaftliche Betätigung“ der Kommunen	254
2.	Der Unternehmensbegriff	255
3.	Der Negativkatalog (§ 136 Abs. 3 NKomVG)	256
II.	Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Organisationsfor- men	257
1.	Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	257
2.	Privatrechtliche Organisationsformen	262
III.	Freiheit und Bindung bei der Wahl der Rechtsform	263
1.	Formenwahl bei Unternehmen	263
2.	Einschränkungen der Formenwahl bei Einrichtungen	265
IV.	Die Rechtsbeziehungen zwischen Gebietskörperschaften und Eigengesellschaften sowie zu Dritten	266
1.	Das Problem kommunaler Ingerenz (Einwirkung)	266
2.	Die Vertretung der Kommune in Unternehmen	267
3.	Konzernhaftung der Kommune für Eigengesellschaften?	268
V.	Unternehmen und Einrichtungen als „öffentliche Auftrag- geber“	270
VI.	Rechtsprechung	270
VII.	Literatur	271
§ 15	Grenzen wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen	272
I.	Tatbestandsvoraussetzungen wirtschaftlicher Unternehmens- tätigkeit (§ 136 Abs. 1 NKomVG)	273
1.	Zweckbindungsklausel (§ 136 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 NKomVG)	273
2.	Wirtschaftlichkeitsklausel (§ 136 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 NKomVG)	276
3.	Subsidiaritätsklausel (§ 136 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 NKomVG)	276
II.	Die Beteiligung an Unternehmen in privatrechtlicher Rechts- form (§ 137 NKomVG)	278
III.	Rechtsschutzfragen	279
1.	Unterlassungsklage des privaten Wettbewerbers	279
2.	Wettbewerbsklagen	280
IV.	Rechtsprechung	280
V.	Literatur	281
§ 16	Die Benutzung kommunaler Einrichtungen	283
I.	Der Zulassungsanspruch (§ 30 Abs. 1 NKomVG)	283
1.	Zulassung und Rechtsform der Einrichtung	283
2.	Die Verwaltung des Mangels	284
II.	Anschluss- und Benutzungszwang (§ 13 Satz 1 NKomVG)	286
1.	Voraussetzungen des Anschluss- und Benutzungszwangs	286
2.	Anschluss- und Benutzungszwang und Eigentumsgarantie	288